

Antragsbereich U / Antrag U2

AntragstellerInnen: UB Nürnberg

Empfänger: Bundesparteitag

Bundestagsfraktion Landesparteitag

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

U2: Abschaffung der Subventionen für alle fossilen Energieträger

Die SPD setzt sich für die Abschaffung (weiterer) Subventionierung und steuerliche Begünstigung fossiler Energieträger ein.

Zudem wird die SPD Bundestagsfraktion dazu aufgefordert, dieses Vorhaben
5 innerhalb der Bundesregierung umzusetzen.

Begründung

Deutschland läuft Gefahr, seine gesetzten Klimaziele weit zu verfehlen. Die
Auswirkungen eines Nicht-Erreichens lassen sich immer schwerer abschät-
10 zen. Es ist deshalb nicht ersichtlich, weswegen fossile Energieträger immer
noch direkt und indirekt massiv subventioniert werden. Volkswirtschaftlich
betrachtet könnten die eingesetzten Fördermittel und entgangenen Einnah-
men für andere gesellschaftlich und klimapolitisch erstrebenswerte Ziele ge-
nutzt werden. Zudem ermöglicht dieser Schritt Verhaltensänderungen hin
15 zur Nutzung erneuerbarer Energieträger. Der Abbau von Braunkohle erfolgt
immer noch ohne die Zahlung der zu entrichtenden Fördergabe. Auch muss
kein Wasserentgelt entrichtet werden. Hier belief sich die Förderung im Jahr
2012 auf 304 Mio. Euro.* 100 Mio. Euro gingen dem Staat verloren, da Kohle
von der Energiesteuer befreit ist.* Die Energiesteuervergünstigung von Die-
20 sel kostete im Jahr 2012 7,353 Mrd. Euro.* Die Befreiung für die Verwendung
von Kerosin im gewerblichen Luftverkehr kostete 7,083 Mrd. Euro.* Die Be-
freiung von Dieselkraftstoffen in der Binnenschifffahrt kostete 170 Mio. Eu-
ro.* Alleine bei den genannten Beispielen belaufen sich die Subventionen auf
15,01 Mrd. Euro.